

Stadttauben-Population vertretbar reduzieren

Die unkontrollierte Vermehrung der Stadttauben in Duisburg verursacht zunehmend Probleme. Es handelt sich dabei nicht um Wildtiere, sondern um verwilderte Zuchttauben, also Haustiere ohne festen Wohnsitz. Durch ihre stetig steigende Anzahl im Stadtraum entstehen Konflikte, beispielsweise bei der Suche nach Futter und einer festen Bleibe. Sie nisten sich an Stellen ein, wo sie nicht erwünscht sind, und der Taubenkot verschmutzt und beschädigt die belagerten Gebäude. Zudem finden die Tauben im urbanen Raum wenig adäquates Futter und ernähren sich häufig von Abfällen, sodass sie vielfach erkranken und elendig verenden.

Eine besonders kritische Lage stellte sich nach der Sprengung des zweiten „Weißen Riesen“ im September 2021 im Duisburger Ortsteil Hochheide ein. Das marode, leerstehende Hochhaus an der Ottostraße galt als „großer Taubenschlag“. Nach der Sprengung hatten sich die Tauben im angrenzenden Stadtraum verteilt und sind hier zu einem Ärgernis für viele Bürgerinnen und Bürger geworden. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion im Bezirk Homborg/Ruhrort/Baerl am 12. Mai 2022 einen Antrag (DS 22-0528) an die Verwaltung gerichtet, zu prüfen, ob die Stadttauben-Population nach dem sogenannten „Augsburger Modell“ reduziert werden kann.

„Es geht darum, geeignete Gebäude vor Ort als ‚Taubenhäuser‘ einzurichten, die über den Bezirk verteilten Stadttauben durch Fütterung gezielt anzulocken und so umzusiedeln, damit eine kontrollierte Reduzierung der Stadttauben-Population durch Austauschen der gelegten Eier gegen Gips-Eier möglich wird. Gleichzeitig werden die Tiere versorgt. Dieses anvisierte Pilotprojekt in Hochheide sollte bei Erfolg dann möglichst stadtweit übertragen werden“, erklärt Dennis Schieß, Sprecher der CDU-Ratsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Klima und Naturschutz der Stadt Duisburg und sieht akuten Handlungsbe-



Reduzierung der Stadttauben-Population in Duisburg - Dennis Schieß, Sprecher der CDU-Ratsfraktion im Umweltausschuss, favorisiert das sogenannte „Augsburger Modell“.

darf, zum Wohle der Tiere und der verärgerten Bürgerinnen und Bürger.

Denn seit dem Beschluss der Bezirksvertretung ist mittlerweile über ein Jahr vergangen und die Lage hat sich weiter verschärft. Informationen zum Stand der Planung oder der Umsetzung des Projekts zur kontrollierten Reduzierung der Stadttauben-Population in Hochheide wurden von Seiten der Stadt bislang nicht vernommen. So hatte die CDU-Fraktion in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Naturschutz am 31. August 2023 mit einer detaillierten Anfrage (DS 23-0827) zum Stand der Planungen nach.

Ein Vertreter des städtischen Veterinäramts teilte in der Sitzung mündlich mit, dass weder personell noch finanziell das „Augsburger Modell“ in Duisburg umgesetzt werden könne. Man bräuchte insgesamt 21 Taubenhäuser. Ein Pilotprojekt mache insbesondere in Hochheide auch keinen Sinn, solange der dritte „Weiße Riese“, der mittlerweile zum neuen großen Taubenschlag in Hochheide geworden ist, wohl erst nächstes Jahr

zur Sprengung anstehe und vorher nicht mit vertretbarem Aufwand „taubensicher“ zu präparieren wäre, damit eine Umsiedelung der Tauben funktioniere. Zwischenzeitlich habe die Stadt ein Projekt angestrengt, die weitere Vermehrung der Stadttauben zu verhindern, was deutlich kostengünstiger und genauso effektiv sei. Und zwar werde ein spezielles Taubenfutter eingesetzt, was den Tieren angeblich nicht schade, aber die Ei-Entwicklung unterbinde. Momentan werde dies nach Angaben der Stadt an einer Futterstation am Hauptbahnhof getestet und die Situation beobachtet. Bei Erfolg solle dieses Projekt stadtweit eingeführt werden.

Dazu der Sprecher der CDU-Ratsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Klima und Naturschutz, Dennis Schieß: „Wenn dieses Modellprojekt als Alternative zum von der CDU-Ratsfraktion favorisierten und andernorts bereits bewährten ‚Augsburger Modell‘ erhalten soll, so sehen wir dies äußerst kritisch und den Tierschutz nicht hinreichend berücksichtigt. Es mag insgesamt weniger aufwendig sein und weniger kosten, doch stellt sich die Frage, ob das manipulierte Futter wirklich so unschädlich für die Stadttauben ist, wie angegeben. Zumal dieses Futter auch in die Umwelt gelangen wird und es ebenso andere Tiere fressen könnten. Nicht zuletzt sind eine nachhaltige Kontrolle und Versorgung auch kranker Stadttauben im Rahmen dieses Projektes nicht möglich.“

Dennis Schieß will daher weiter das „Augsburger Modell“ in Duisburg verfolgt sehen und kündigt einen entsprechenden Antrag an. Wenn nicht jetzt, dann solle eben nach der Sprengung des nächsten „Weißen Riesen“ das Modellprojekt in Hochheide an den Start gehen. Währenddessen sei die Verwaltung aufgefordert, gerne an anderer Stelle in der Stadt das eigentliche Pilotprojekt zu realisieren. Für beide Projekte wäre zu prüfen, ob bereits Mittel in den städtischen Haushalt 2024 einzustellen sind.

Liebe Duisburgerinnen und Duisburger, liebe Parteifreunde!

Seit einigen Jahren gelingt es Duisburg unter schwierigen Bedingungen durch kluge Politik und solides Wirtschaften kontinuierlich Altschulden in Form von Kassenkrediten abzubauen und ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Die CDU-Ratsfraktion hat den langen Weg der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung entscheidend mitverantwortet. In diesem Jahr konnte mit dem Ende der bilanziellen Überschuldung sogar die haushaltspolitische Souveränität zurückgewonnen werden, sodass wieder ohne Auflagen der Genehmigungsbehörden über Einnahmen und Ausgaben im Duisburger Stadtrat entschieden werden konnte. Getragen von einer Mehrheit aus CDU und SPD waren nicht nur zusätzliche Investitionen möglich, sondern auch eine wichtige Trendumkehr bei der Grund- und Gewerbesteuer. Nach vielen Jahren stetiger Erhöhungen wurden diese gesenkt. Wenn auch nur ein erster und in seiner finanziellen Dimension eher kleiner Schritt, ist seine große symbolische Wirkung nicht zu verkennen. Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Duisburg werden nach Jahrzehnten wieder steuerlich entlastet und wissen das zu schätzen, insbesondere in der aktuell krisenhaften Zeit. Selbst Nachbarkommunen haben mit Lob und Anerkennung für

diese Tat nicht gespart. In den anstehenden Haushaltsberatungen 2024 wollen wir das Ziel weiterverfolgen, mehr souverän investieren und die Bürgerinnen und Bürger weiter entlasten zu können. Zwar wird Duisburg für das Jahr 2024 aufgrund der positiven Entwicklung bei den Grund- und Gewerbesteuererträgen im Vergleich zu anderen Kommunen weniger Finanzausgleichsmasse aus der Gemeindefinanzierung NRW erhalten, aber die Landesregierung hat auch jüngst die für 2024 anstehende kommunale Altschuldenlösung ins Jahr 2025 verschoben. Der Einstieg in die Entschuldung würde den Duisburger Haushalt nämlich zusätzlich belasten, vor allem, weil der Bund bislang seinen Anteil an der Tilgung schuldig bleibt. Sehr gelegen kommt Duisburg zudem der Erlös aus dem kürzlich erfolgten Verkauf der Steag, der an den Konsorten, die Stadtwerke Duisburg fließen und dadurch Belastungen für den künftigen Haushalt abfedern wird. Es stehen nämlich hohe Investitionsbedarfe, insbesondere bei den kommunalen Strom- und Wärmenetzen an.

Die CDU-Ratsfraktion sieht vor diesem Hintergrund auch in 2024 die Möglichkeit gegeben, die Grund- und Gewerbesteuern in Duisburg weiter zu senken und wird sich dafür einsetzen. Es gilt Duisburg nicht nur vor



Thomas Mahlberg
Ratsfraktionsvorsitzender

dem Abwandern der hiesigen Unternehmen und Bürger/innen in steuerlich günstigere Regionen zu bewahren, sondern auch Anreize zu schaffen, dass sich neue Unternehmen und Menschen in Duisburg ansiedeln. Was im Umkehrschluss wieder mehr Steuereinnahmen für den künftigen Haushalt verspricht, die zum Wohle aller in die Zukunft Duisburgs investiert werden können. Neben diesem Hinweis auf die anstehenden Haushaltsberatungen möchte ich Ihnen nun eine kurzweilige Lektüre der neuen Ausgabe der POSITIONEN wünschen und verbleibe mit besten Grüßen,

Thomas Mahlberg

Kommentar



Fördergelder für klimafreundliche Stahlproduktion

Die CDU-Ratsfraktion Duisburg begrüßt die Genehmigung der EU-Kommission über die rund

zwei Milliarden Euro-Förderung für den klimafreundlicheren Umbau der Stahlproduktion bei ThyssenKrupp in Duisburg. Endlich ist die lang erwartete Entscheidung gefallen und die von Bund (1,3 Mrd. Euro) und Land (700 Mio. Euro) in Aussicht gestellten Fördergelder können nun in den klimafreundlichen Umbau des Duisburger Stahlstandorts fließen. Die Dekarbonisierung der Stahlindustrie in Duisburg ist eine wichtige Zukunftsinvestition, die sich

am Ende auszahlt – wirtschaftlich als auch klimatisch. Um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen, ist es notwendig, den Einsatz von fossilen Brennstoffen durch den Einsatz von kohlenstofffreien Brennstoffen wie Wasserstoff zu ersetzen. Noch ist der klimaneutrale ‚grüne Stahl‘ in der Produktion zwar deutlich teurer als herkömmlich produzierter und am Markt noch nicht konkurrenzfähig, aber die Nachfrage danach steigt kontinuierlich. In den kommenden Jahren wird der Industriestandort Duisburg jedoch nicht ohne beschleunigte Planungsverfahren und weitere Förderung auskommen. Daher gilt es weiterhin politisch dafür zu werben und bei den Genehmigungen auf allen politischen Ebenen zu unterstützen. **Udo Steinke, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion Duisburg**

Herausgeber:
Thomas Mahlberg
Ratsfraktionsvorsitzender

Redaktion:
Thorsten Vermathen
CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Duisburg
Königstr. 7-9, 47051 Duisburg

Telefon: 0203 - 393 87 0
Telefax: 0203 - 393 87 11
e-mail: ratsfraktion@cdu-duisburg.de
www.cdu-fraktion-duisburg.de
Bildnachweis: Archiv



Inhalt

- **Fortschritt am OB Karl-Lehr-Brückenzug**
- **SAD: Ordnung und Sicherheit in Duisburg**
- **Stadttauben: Population reduzieren**

Fortschritt am OB Karl-Lehr-Brückenzug

Das verkehrsinfrastrukturelle Großprojekt, die Erneuerung der maroden Brückenverbindung zwischen Ruhrort und Kaßlerfeld startete bereits 2015, als in einem ersten Bauabschnitt die Vinckekanalbrücke und die Vinckewegbrücke bis zum Kaiserhafen in Duisburg-Ruhrort erneuert wurden. Im zweiten Bauabschnitt, der seit 2020 läuft, werden die von Ruhrort in Richtung Kaßlerfeld anschließende Kaiserhafenbrücke als Damm rückgebaut sowie die Hafencanalbrücke und die eigentliche Karl-Lehr-Brücke über die Ruhr durch Neubauten ersetzt. In einem letzten Bauabschnitt soll schließlich der nachfolgende `Kaßlerfelder Kreisverkehr` noch umgestaltet werden.

Im Rahmen einer Ferienfraktionssitzung informierte sich die CDU-Ratsfraktion Duisburg kürzlich erneut über den Fortschritt auf der Baustelle des sogenannten „Oberbürgermeister Karl-Lehr-Brückenzugs“. Eineinhalb Jahre nach ihrem letzten Besuch und vor dem Hintergrund, dass Ende dieses Jahres die Genehmigung der Verkehrsfähigkeit der alten Brücken endet und die provisorische Umfahrung über die neue parallele Brückenkonstruktion bis dahin fertig sein muss, war es an der Zeit, sich erneut selbst ein Bild vom Stand der Bauarbeiten an einem der bedeutendsten Verkehrswege Duisburgs zu machen.

„Die Sicherung der Hafenanbindung an die Autobahn und die der Nord-Süd-Verbindung unserer Stadt durch die Erneuerung des maroden Karl-Lehr-Brückenzugs über Ruhr und Hafencanal zwischen Kaßlerfeld und Ruhrort ist enorm wichtig und wird von der CDU-Ratsfraktion Duisburg aufmerksam verfolgt und nachhaltig unterstützt“, bemerkt der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg und ergänzt: „Als wir im Oktober 2021 zuletzt vor Ort waren, steckten die Arbeiten an den neuen Brückenelementen auf der Vormontagefläche noch in den Anfängen. Seitdem ist viel passiert und das Projekt geht in die heiße Phase.“

Beim Besuch der Baustelle wurden die CDU-Politiker dann erneut vom Geschäftsführer der federführenden Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD), Uwe Linsen, und dem technischen Projektleiter Artur Brakowski im Rahmen einer kurzen Präsentation auf den neusten Stand der Bauarbeiten gebracht und konnten sich bei einem anschließenden Rundgang über die Baustelle dann vom Fortschritt überzeugen.



Die Teilnehmer/innen der Ferienfraktionssitzung versammelt zum Gruppenfoto an der neuen Hafencanalbrücke.

Der WBD-Chef Uwe Linsen fasst zusammen: „Ja, die Zeit drängt, aber das tut sie bereits seit Projektbeginn. Wesentlich ist, wir sind weiterhin im Zeitplan, die Umfahrung rechtzeitig fertigzustellen. Die vorbereiteten Maßnahmen für den Bau des neuen Kaiserhafendamms befinden sich in ihrer finalen Phase, auch die neuen Brückenkonstruktionen konnten erfolgreich fertiggestellt in die provisorische Parallellage eingeschwommen werden, wobei derzeit noch Anschlussarbeiten an den Übergängen, den Fahrbahnen und bei der Versiegelung laufen“, skizziert Uwe Linsen und führt weiter aus: „Um letztlich die Umfahrung über den neuen Damm und die neuen Brücken bis Ende des Jahres verkehrsfähig anzuschließen sowie die alte Kaiserhafenbrücke rückzubauen, wird es technisch jedoch nicht ohne Sperrungen gehen.“

Den Vertreter/innen der CDU-Fraktion Duisburg wurde erläutert, dass bedingt durch die Abrissarbeiten der Kaiserhafenbrücke und einer Bauzeit von drei Monaten für den Damm sowie die Anpassungsarbeiten an den querenden Straßen Sperrungen der Brücken ab dem 25. September notwendig werden. Schienenersatzverkehr und der motorisierte Individualverkehr sollen zwar nach etwa fünf Wochen mittels Umleitung ab Kaiserhafenbrücke durch das Hafengebiet wieder möglich sein, aber in den ersten vier Wochen werde eine Vollsperrung des gesamten Brückenzugs bestehen, insbesondere um die Rampenabfahrten für die Umleitung durch das Hafengebiet anzuschließen und den Kreisverkehr auf das

Niveau der neuen Umfahrung anzupassen. Radfahrer/innen und Fußgänger/innen treffe es besonders hart, denn aufgrund der Umleitung durch das verkehrlich dafür nicht ausgelegte Hafengebiet werde der gesamte Brückenzug für die dreimonatige Anpassungsphase für sie leider nicht passierbar sein.

„Diese verkehrlichen Einschränkungen sind für die Menschen belastend, aber technisch leider unvermeidbar“, macht Uwe Linsen klar und gibt einen Ausblick, wie es nach der Inbetriebnahme der neuen Brückenverbindung in Behelfslage zum Jahreswechsel weitergeht. „Im nächsten Jahr werden die alten Bestandsbrücken rückgebaut und neue Widerlager und Pfeiler hergestellt, auf die die neue Brückenkonstruktion dann 2025 in Endlage querverschoben und für den Verkehr freigegeben werden kann. Das wird dann leider ebenfalls wieder mit einer Sperrung von etwa sechs Wochen verbunden sein.“

Es steht also noch viel Arbeit auf der Baustelle am Karl-Lehr-Brückenzug an, die die CDU-Ratsfraktion Duisburg weiter aufmerksam verfolgen wird. Dazu Thomas Mahlberg abschließend: „Es ist großartig zu sehen, wie erfolgreich dieses anspruchsvolle Bauprojekt in Duisburg unter Federführung der Wirtschaftsbetriebe bislang umgesetzt wird. Wollen wir hoffen, dass durch die anstehenden Sperrungen nicht allzu viel Umstände und Verkehrschaos entstehen. Wenn der neue Brückenzug 2025 fertiggestellt ist, werden die Menschen ihn aber sicherlich sehr zu schätzen wissen.“

SAD: Ordnung und Sicherheit in Duisburg

Die CDU-Ratsfraktion Duisburg besuchte kürzlich im Rahmen einer Ferienfraktionssitzung die Führungs- und Koordinierungsstelle (FüKo) für den Außendienst des Bürger- und Ordnungsamts (kurz: Städtischer Außendienst, SAD), um sich aus erster Hand über deren Arbeit zu informieren.

„Man kennt die uniformierten Mitarbeiter/innen des SAD von ihren Streifen auf Duisburger Straßen. Sie sind Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere wenn es Fragen und Probleme rund um das Thema Ordnung und Sicherheit gibt. Sie nehmen diese auf und gehen diesen nach. So verfolgen und verhindern sie eigenständig Ordnungswidrigkeiten und arbeiten eng mit anderen Bereichen der Stadtverwaltung und Behörden zusammen, um Schaden- und Gefahrenfälle abzuwehren oder zu ahnden“, fasst der Duisburger CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg die zentralen Aufgaben des SAD zusammen und ergänzt: „Eine Fraktion wie die der CDU in Duisburg hat bekanntlich ein besonderes Augenmerk auf den Themenkomplex `Sicherheit und Ordnung`. So war es für uns sehr spannend, mal hinter die Kulissen der Schaltzentrale des SAD schauen zu können, wie die Meldungen zentral aufgenommen, die Einsätze koordiniert und die Fälle abschließend bearbeitet werden.“

Im Bürogebäude an der Straße Am Unkelstein, wo der neu strukturierte SAD und seine Schaltzentrale seit 2020 untergebracht sind, wurden die Teilnehmer/innen der Ferienfraktionssitzung neben dem Duisburger Beigeordneten für Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung, Michael Rüscher, als obersten Dienstherrn und Frank van Staa als Abteilungsleiter des Ordnungsamtes, vom Leiter des Städtischen Außendienstes, Thorsten Bleckmann und dem SAD-Mitarbeiter Sebastian Kathage empfangen. Nach der Begrüßung ging es sogleich weiter in die kommunikative Schaltzentrale des Städtischen Außendienstes, einem Großraumbüro mit mehreren Computerarbeitsplätzen und entsprechend großen und kleineren Monitoren.

„Hier gehen die Aufträge und Nachrichten an den SAD ein und von hier aus werden die Einsätze der Außendienstmitarbeiter/innen geleitet und koordiniert, aktuell von 14 Mitarbeitenden in zwei Schichten. Dies läuft mittlerweile alles weitgehend digital



In der abschließenden Diskussionsrunde wurden mit den Teilnehmer/innen der Ferienfraktion der aktuelle Stand sowie Entwicklungen beim SAD besprochen.

vernetzt ab, über Computer, Smartphones und entsprechende Software“, wie SAD-Mitarbeiter Sebastian Kathage informiert. Im Jahr 2022 seien rund 45.000 Aufträge und Feststellungen mit dem Softwaresystem „WinOwig“ bearbeitet worden, zuzüglich 18.000 Maßnahmen aus dem Altsystem.

Am fingierten Fall einer gemeldeten „Wilden Müllkippe“ wurde dann der gesamte Arbeitsablauf in der Führungs- und Koordinierungsstelle des SAD anschaulich simuliert – von der Meldung mit möglicher Identitätsklärung des Verursachers bis zur Bildübermittlung an die Wirtschaftsbetriebe zwecks Entsorgung. Darüber hinaus wurden noch einige technische Neuerungen wie das Scannen der Personendaten eines Personalausweises via Smartphone-App demonstriert, die für die Weiterbearbeitung von Fällen notwendig sind, beispielsweise für den elektronischen Bußgeldverkehr. Die Vertreter der CDU-Ratsfraktion waren sich einig, in Sachen Digitalisierung ist der Städtischen Außendienst in Duisburg ganz weit vorne.

Im anschließenden Gespräch im Konferenzraum gesteht SAD-Chef Thorsten Bleckmann allerdings, dass „die Aufklärungsquote bei `Wilden Müllkippen`, von denen es in Duisburg zwischen 8.000 bis 10.000 jedes Jahr gibt, leider nur bei etwa 10 Prozent liegt.“ Ebenso bedauert er, dass im Außendienst leider immer noch nicht alle 80 verfügbaren Stellen besetzt werden konnten. „Wir suchen dringend Verstärkung, um unsere Teams aufzustu-

cken und Dienstzeiten auszuweiten, aber leider melden sich zu wenig geeignete Bewerber/innen. Neben der Voraussetzung einer Ausbildung, eines Führerscheins und des Deutschen Sportabzeichens muss der/die Bewerber/in vor allem soziale und kommunikative Kompetenzen mitbringen, um in kritischen Situationen erfolgreich deeskalierend zu wirken“, so Bleckmann, der ein ordentliches Einstiegsgehalt des öffentlichen Dienstes verspricht und auch Aufstiegschancen in Aussicht stellt.

Die Verantwortlichen sind sich einig, dass sich noch einiges optimieren lässt, beispielsweise die Verkehrsüberwachung und den SAD zusammenzulegen sowie zwischengestaffelte Führungspositionen einzurichten und Karrierechancen klarer aufzuzeigen. Ebenso sei das Softwaresystem stetig weiterzuentwickeln und an andere Fachbereiche und Bezirksämter anzuschließen. Darüber hinaus sei zentral aktiver für den SAD zu werben, vor allem im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sie als SAD leisten ganz wichtige Arbeit in unserer Stadt und das wollen auch wir mit unserem Besuch deutlich anerkennen und nach außen sichtbar machen. Ihre Mitarbeitenden sind Ansprechpartner für Hilfe, damit Menschen in Duisburg in Ordnung und Sicherheit leben können. Wir als CDU-Ratsfraktion unterstützen den SAD auch künftig und werden uns bei den anstehenden Haushaltsberatungen für eine solide Ausstattung einsetzen“, macht Thomas Mahlberg abschließend deutlich.